



Wahlprüfsteine 2017

Was tun für die Alphabetisierung? – Die Kernaussagen der Parteien

Frage/Partei						
<p>Frage 1:</p> <p>Welche Schwerpunkte will Ihre Partei in der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung 2016-2026 setzen?</p>	<p>„[...] wir [wollen] einen Beitrag zur Verbesserung der Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen in Deutschland leisten, [...] [von dem] auch viele Menschen mit Migrationsgeschichte und Flüchtlinge profitieren, die ihre Sprachkenntnisse verbessern und ihren Beitrag als Erwerbstätige leisten wollen.“</p>	<p>„[...] förderrechtliche Unterstützungsmöglichkeiten nach SGB II und SGB III für die notwendigen Grundbildungskompetenzen[sollen] weiter ausgebaut werden. [...] Für die SPD ist dabei zentral, dass diese eine möglichst niedrige Einstiegshürde haben und sich an der Lebenswelt der Betroffenen orientieren [und] durch „blended learning“-Elemente ergänzt werden. [...] Akteure aus dem Bereich Alphabetisierung und Grundbildung [sollen] sich besser [...] vernetzen.“</p>	<p>„Wir fordern die bedarfsgerechte Förderung jedes einzelnen Menschen [...]. [...] Möglichkeiten der Digitalisierung [wollen wir] nutzen. [...] Sprachförderung bereits vor der Einschulung intensivieren, [...] Menschen mit geringen Deutschkenntnissen [...] fördern [und] beste Ausstattung für unsere Schulen [...]. [L]ebenslanges Lernen wollen wir auch für Erwachsene lückenlos möglich machen.“</p>	<p>„DIE LINKE will ein Zehn-Jahres-Programm auflegen mit dem Ziel, die Zahl der von Analphabetismus Betroffenen zu halbieren. [...] 3,6 Milliarden Euro von Bund, Ländern und Kommunen [wollen wir] bereitstellen [und] die allgemein bildenden Schulen unterstützen, ihrem Bildungsauftrag nachzukommen und jeder/jedem Schüler*in eine gute Grundbildung [zu] vermitteln.“</p>	<p>„Wichtig ist der leichte Zugang für Betroffene zu Angeboten der Grundbildung und Alphabetisierung. Deswegen ist der Zugang über den Arbeitsplatz und das lebensweltliche Umfeld ganz wichtig. [...] [W]ir setzen [...] uns dafür ein, dass das Kooperationsverbot in der Bildung endlich fällt. Dann können alle Beteiligten fest darauf bauen, dass [wichtige] Angebote [/Projekte] stetig werden.“</p>	<p>„die Stigmatisierung von Menschen, die kaum oder gar nicht lesen und schreiben können, [muss] überwunden [werden]. [...] [D]ie Unterstützung von Betroffenenverbänden, [...] der Einsatz von Lesepatzen [und] Angebote an den Volkshochschulen für Alphabetisierungskurse [...] sollten ausgebaut werden.“</p>

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. - Berliner Platz 8-10 - 48143 Münster

Tim Henning
0251-49099641

t.henning@alphabetisierung.de

Stephanie Blume
0251-49099631

s.blume@alphabetisierung.de

Stefan Wälte
0251-49099637

s.waelte@alphabetisierung.de

Was tun für die Alphabetisierung? – Die Kernaussagen der Parteien

<p>Frage 2:</p> <p>Hält Ihre Partei ein Grundrecht auf Grundbildung für sinnvoll und in welcher Form würde sich Ihre Partei dafür einsetzen?</p>	<p>„CDU und CSU halten ein Grundrecht auf Grundbildung für nicht zielführend, da es nicht an niedrighschwelligen Alphabetisierungs- und Grundbildungskursen mangelt [...].Tatsächlich nehmen zu wenige Betroffene diese Hilfsangebote in Anspruch. Deshalb halten wir es für sinnvoller, auf die Betriebe zuzugehen.“</p>	<p>„[...] jeder Mensch [hat] das Recht auf beste Bildung [...] dazu zählt [...]auch die Grundbildung. [...] Gebühren für Bildung [wollen wir] abschaffen und mehr Geld für Schulen bereitstellen. [...] Sozialarbeit an allen Schulen [und BAföG soll ausgebaut werden]. [...] [Wir wollen] eine nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen [...].“</p>	<p>„Bildung zählt für uns Liberale zu den Bürgerrechten. Vollkommen unabhängig vom persönlichen Hintergrund. [...] Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen, [...]folglich setzen wir uns für eine bessere Finanzierung von Förderschulen [und] eine Unterrichtsgarantie für Schüler [ein] [...].“</p>	<p>„Gleicher Zugang zu Bildung und das ein Leben lang ist für die LINKE ein grundlegendes Menschenrecht. [...] [W]ir treten dafür ein, [...] dass Grundbildung flächendeckend gebührenfrei und für jeden zugänglich ist. [...] [U.a.] der qualitative und quantitative Ausbau von Grundbildung und Alphabetisierungskursen [gehört dazu] [...].“</p>	<p>„Ja. [...] Wir schlagen den Ländern eine gemeinsame Bildungsoffensive vor. Denn die Qualität in Kita und Schule ist entscheidend. [...] Für diejenigen, die Alphabetisierung und Grundbildung nachholen wollen, schaffen wir mit unserem Modell BildungsZeit Plus einen Weg.“</p>	<p>„Wir befürworten das Grundrecht auf Grundbildung. [...] So soll Grundbildung nicht auf Lesen- und Schreibenlernen beschränkt bleiben, [sondern auch] Wissen um und Umgang mit demokratischen Prozessen, Umgang mit dem Computer, (digitalen) Medien, Finanzen, Rechnen, Englisch [umfassen].“</p>
<p>Frage 3:</p> <p>Ist das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bereich der Grundbildung in der heutigen Form sinnvoll?</p>	<p>„In einzelnen Bereichen ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden sinnvoll [...]. Bei gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, wie bei Alphabetisierung und Grundbildung, können Bund und Länder gut zusammenarbeiten unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten.“</p>	<p>„Die SPD hält das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern für in Verfassungsrecht gegossenen Unsinn. [...] Darum wollen wir das Kooperationsverbot abschaffen. [...] Wir kämpfen aber weiterhin dafür, dass Bund, Länder und Kommunen in Zukunft überall in der Bildung zusammenarbeiten dürfen.“</p>	<p>„Wir Freien Demokraten sehen das Kooperationsverbot im gesamten Schulbereich, einschließlich der Grundbildung, als nicht sinnvoll. [...] Die Finanzierung muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden, [...] [s]onst wird die Modernisierung und Digitalisierung der Bildung nicht gelingen.“</p>	<p>„Das sogenannte Kooperationsverbot ist ein Hindernis für gleiche und vergleichbare Bedingungen beim Lernen und Lehren. [...] DIE LINKE will das Kooperationsverbot komplett aufheben und Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern.“</p>	<p>„Wir [wollen] das Kooperationsverbot komplett [aufheben]. [...] Das gilt für alle Bildungsbereiche, auch für Alphabetisierung und Grundbildung. Die Dekade leidet an manchen Stellen unter der künstlichen Trennung der Zuständigkeiten. [M]it einer [...] Öffnung des Grundgesetzes [könnte dies] aufhören.“</p>	<p>„Eine noch stärkere Vernetzung von Bund und Ländern zur Schaffung und Nutzung von Synergien ist bereits angestoßen. Die Bundesfachkonferenz Grundbildung zur Vernetzung der Akteure erscheint uns unterstützenswert.“</p>

Was tun für die Alphabetisierung? – Die Kernaussagen der Parteien

<p>Frage 4:</p> <p>Was will Ihre Partei tun, um Menschen mit geringen Lese- und Schreibfähigkeiten besser am politischen und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen?</p>	<p>„Merkblätter [unser Wahlprogramm] und öffentliche Internetangebote [...] [sollen] auch in leichter Sprache zugänglich [sein]. Zudem können Apps, Piktogramme oder Audioguides Betroffenen die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben erleichtern.“</p>	<p>„[...] siehe hierzu im Konkreten die Frage 1. Bereits im Behindertengleichstellungsgesetz haben wir festgelegt, dass Behörden Informationen vermehrt in leichter Sprache bereitstellen müssen. [...] Um die politische Partizipation von Menschen mit Lese- und Schreibschwäche oder auch Behinderung zu erhöhen, setzt sich die SPD ebenfalls dafür ein gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung Angebote in „Einfacher Sprache“ und in „Leichter Sprache“ zu entwickeln [...].“</p>	<p>„Es müssen [...] Barrieren abgebaut werden. Der Einsatz von leichter Sprache muss weiterhin angeboten werden. Öffentliche Institutionen sollen eine Vorbildfunktion einnehmen. Auch wir Freie Demokraten werden in Kürze unser Bundestagswahlprogramm in leichter Sprache anbieten.“</p>	<p>„ [...] barrierefreie Zugänge zum politischen und gesellschaftlichen Leben [müssen] geschaffen werden [...]. [...] So wird auch das neue Wahlprogramm in leichter Sprache und barrierefrei zur Verfügung gestellt [sowie] Audios, Bilder, Videos von Pressekonferenzen [...].“</p>	<p>„ [...] gemeinsam mit der Wirtschaft [wollen wir das Thema] stärker in den Fokus nehmen und flächendeckend passende Angebote machen. [O]hne deutschen Pass keine Chance auf Mitbestimmung. Es fehlt daher ein wichtiger Grund, sich für das öffentliche Leben zu interessieren. [Daher] wollen wir Kommunalwahlen auch für Menschen mit festem Wohnsitz, aber ohne deutschen oder EU-Pass öffnen.“</p>	<p>„Bildung und Teilhabe sind nicht nur Menschenrecht, sondern auch im Alltagsleben erstrebenswerte Werte für alle Menschen. [...] Der verstärkte Einsatz von einfacher Sprache oder Vorlesefunktion auf den Informationsseiten im Internet der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Institutionen kann als Hilfe dienen.“</p>
--	---	---	---	---	---	--